Edmund Pech: Die Sorbenpolitik der DDR 1949–1970. Anspruch und Wirklichkeit. Domowina-Verlag: Bautzen 1999 (Schriften des Sorbischen Instituts / Spisy Serbskeho instituta; 21), 309 S.

Die Monografie von Edmund Pech knüpft an neuere Forschungen zur Nachkriegsentwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone an. Diese Phase gestaltete sich für die Sorben in politischer und ideologischer Hinsicht vergleichsweise offen. Sie war geprägt von Neubeginn wie von Kontinuität. Die entstehenden Freiräume wurden von der sich erneuernden sorbischen nationalen Bewegung konsequent für die juristische Festschreibung ihrer Gleichberechtigung genutzt. Das vom Sächsischen Landtag im März 1948 beschlossene „Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung" sicherte den Sorben erstmals in ihrer Geschichte staatlichen Schutz und Förderung für Muttersprache und Kultur zu.[1]

Die angestrebte Staatspolitik, die Sorben als (einzige) nationale Minderheit in der DDR zu fördern und ihre Gleichberechtigung durchzusetzen, wurde mit der im Oktober 1949 angenommenen Verfassung bestätigt (Art. 11). Die einsetzende staatliche Förderung ermöglichte die von sorbischer Seite eingeforderte Gründung sorbischer Institutionen und Einrichtungen. Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre existierte ein weitgehend kohärentes Instrumentarium zur Entwicklung und Pflege der sorbischen Sprache und Kultur. Trotzdem kam es 1958/59 zu einer deutlichen Kurskorrektur, als von der kompensatorischen Sprachen- und Kulturpolitik unter der Losung „Die Lausitz wird zweisprachig" abgerückt wurde. Die angeblich insbesondere von der Domowina betriebene Überbetonung von sorbischer Sprache und Kultur geriet in die Kritik. Die nationale Organisation der Sorben hatte nunmehr den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR in den Mittelpunkt ihrer Aufgaben zu stellen.[2]

Diese differenzierte Sicht auf fördernde, aber gleichermaßen gegenläufige Faktoren in Bezug auf die „Sorbenpolitik" nach 1945 konnte die Historiografie in der DDR nur bedingt entfalten. Bei allen Bemühungen um faktenreiche Forschungen, insbesondere über die Entwicklung der Sorben bis in die Mitte der fünfziger Jahre, hatte sie den ideologischen Vorgaben der SED zu folgen. Die als stets erfolgreich und kontinuierlich idealisierte Politik der Partei und des Staates gegenüber den Sorben durfte zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt werden. Widersprüchlichkeiten oder gar Schwankungen in der „Sorbenpolitik" mussten ausgespart bleiben. Pech verweist darauf, wie dies mittels politischer Maßregelungen sorbischer Historiker versucht und durchgesetzt wurde. So konnten in den fünfziger Jahren aufgenommene demografische Untersuchungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Lausitz nicht weitergeführt werden, weil sie negative Auswirkungen der ökonomischen und sozialen Veränderungen auf die sorbische Sprache und Kultur aufzeigten. Darüber hinaus hatten die Autoren nur einen eingeschränkten Zugriff auf die einschlägigen Archive. Die westdeutsche Historiografie hatte das Thema vor der politischen Wende in der DDR nur tangiert. Spärliche Veröffentlichungen zur Nationalitätenpolitik gegenüber den Sorben besaßen meist einen antikommunistischen Tenor. Die „Sorbenpolitik" des ostdeutschen Staates und die Anstrengungen der Sorben zur Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung sollten in Misskredit gebracht werden. Dem diente die einseitige Verwendung des Terminus „Vorzeigeminderheit" für die

---

[1] Vgl. u. a. Peter Schurmann, Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung, Bautzen 1998

[2] Ludwig Elle, Sprachenpolitik in der Lausitz. Eine Dokumentation 1949–1989, Bautzen 1995

Sorben. Ihre Förderung wurde zugleich verkürzt als Gegenleistung für die völlige Vereinnahmung der Domowina durch die SED dargestellt. Das die Wirklichkeit entstellende Bild einer übermäßigen Begünstigung und Bevorteilung der Sorben zeitigt seine negativen Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Edmund Pech hat die veränderten politischen und archivarischen Verhältnisse nach 1989/90 für eine kritische Analyse der „Sorbenpolitik" in der DDR konsequent genutzt. Er erschloss – die maßgeblich innenpolitische Prägung der Sorbenfrage berücksichtigend – vor allem sorbische und deutsche Archivquellen der ehemaligen DDR. Es werden Quellen aus dem staatlichen und parteilichen Bereich, angefangen beim Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden und dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam, über das Zentrale Parteiarchiv der SED in Berlin bis hin zu den regionalen Staats- und Parteiarchiven, ebenso ausgewertet wie die Archive sorbischer Institutionen und Organisationen. Dies ermöglichte es, „politische, ökonomische, soziale und ethnische Faktoren in ihrer Gesamtheit und Wechselseitigkeit" zu untersuchen. (S. 18) Im Mittelpunkt stehen die fünfziger und sechziger Jahre. Diese erste Hälfte der Existenz der DDR war durch zahlreiche Zäsuren und Brüche gekennzeichnet, darunter die Unruhen vom 17. Juni 1953, die Ereignisse im Jahr 1956, der „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande" im Frühjahr 1960 und der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Pech untersucht die Sorbenpolitik unter „Verhältnissen einer Diktatur" mit „totalitärem Anspruch". (S. 20) Angesichts der verfassungsmäßig zugesicherten Gleichberechtigung der Sorben und der vielfältigen Maßnahmen zur Förderung der sorbischen Sprache und Kultur in der DDR plädiert er jedoch dafür, von einer anderen Grundlage der Minderheitenpolitik auszugehen. Sie unterschied sich von der früheren nationalistischen, in Bezug auf die NS-Zeit teilweise rassistischen deutschen „Sorbenpolitik". Somit stellt sich die zentrale Frage, ob die DDR – als Diktatur – eine positive Minderheitenpolitik betrieben hat, die die Sorben als „Vorzeigeminderheit" verstand. Pechs Monografie – eine 1998 im Fachbereich Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin verteidigte Dissertation – versucht diese Frage zu beantworten.

In der DDR konnte der Entnationalisierungsprozess der Sorben trotz aller Fördermaßnahmen nicht aufgehalten werden. Pech macht neben den Nachwirkungen der nazistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs, insbesondere der Flüchtlingsbewegung, die veränderten politischen Rahmenbedingungen als Ursachen verantwortlich. Die Lösung der sorbischen nationalen Frage, getragen von vielfältigen Bemühungen sorbischer und auch deutscher Bürger zur Bewahrung dieser westslawischen Sprache und Kultur, hatte sich dem Aufbau und später der Vervollkommnung des realen Sozialismus in der DDR kategorisch unterzuordnen. Hinzu kamen grundlegende Veränderungen in den sozialen Rahmenbedingungen, wobei die Prozesse der Modernisierung sowohl durch die autarkiepolitisch motivierte Industrialisierung der Lausitz als auch durch die Kollektivierung der Landwirtschaft beschleunigt wurden. Seit Ende der fünfziger Jahre wurde an dem zunächst verfolgten Ziel, das Prestige der sorbischen Sprache zu heben und sie als gleichwertiges Kommunikationsmittel im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich durchzusetzen, nicht mehr festgehalten. In der Folgezeit verschärften sich auch die Auseinandersetzungen zur Frage, ob die Domowina den 1947/48 zugesprochenen Status als „Kulturorganisation" der Sorben behalten sollte. Die DDR zeigte sich der Herausforderung nicht gewachsen, wirksame Maßnahmen zu entfalten, um eine weitere Assimilierung der Sorben aufzuhalten bzw. spürbar zu verlangsamen.

Mit der Gründung der DDR kam es zur ideologischen Einbindung der Sorben in das ostdeutsche Staatssystem einerseits, zu Auseinandersetzungen um die Regelung der

Minderheitenrechte im Kontext ökonomischer und sozialer Faktoren andererseits. Um diese entscheidenden Konfliktfelder aufzubrechen, hat der Autor ein differenziertes methodisches Herangehen mittels dreier Themenkreise gewählt: die allgemeine Minderheiten-, die Schul- und die Wirtschaftspolitik der DDR. Grundsätzlich dominiert ein historisch-chronologisches Vorgehen. Zunächst werden die politischen Rahmenbedingungen und deren Wirkungen auf die Sorben dargelegt. Im zweiten Teil der Arbeit wird die Minderheitenpolitik exemplarisch anhand einer Fallstudie zur Entwicklung des zweisprachigen Schulwesens in Sachsen und Brandenburg bzw. seit 1952 in den Bezirken Cottbus und Dresden analysiert. Im dritten Teil werden die ökonomischen und sozialen Umstände behandelt. Hinsichtlich der Industrialisierung und deren Folgen für die Sorben wird der Schwerpunkt auf den Aufbau des Kombinats Schwarze Pumpe mit dem Ausbau Hoyerswerdas zur Wohnstadt gelegt. Dies hat den Vorteil, dass grundlegende wirtschaftliche Prozesse und deren Folgen für die umliegende Bevölkerung an einem von der DDR-Regierung favorisierten Großprojekt beschrieben werden können. Zugleich handelt es sich um eine Region, die das „Grenzgebiet" zwischen den Ländern Sachsen und Brandenburg bildet und somit spezifische Entwicklungsbedingungen sowohl der Sorben in der Ober- als auch der Niederlausitz zusammenführt. Bei der Behandlung der Agrarentwicklung erfolgt eine Konzentration auf die Kreise Bautzen und Kamenz. Für Pech war die Minderheitenpolitik gegenüber den Sorben in den fünfziger und sechziger Jahren von der DDR selber bestimmt. Diese Innenperspektive wird sowohl aus der Sicht der SED als auch der Sorben thematisiert. Dabei wird nicht zuletzt DDR-Geschichte „von unten" geschrieben.

Eine Schlüsselfunktion in der Minderheitenpolitik fiel dem Aufbau eines zweisprachigen bzw. sorbischen Schulwesens zu. Bis 1949/52 konnte sich sorbischer Sprachunterricht „unter relativer Selbstverwaltung" in Sachsen entwickeln. (S. 111) Die schulpolitische Anweisung des Ministeriums für Volksbildung der DDR aus dem Jahre 1952 ermöglichte es, erstmals ein flächendeckendes sorbisches Schulwesen in der Ober- und Niederlausitz aufzubauen. Die bis heute existierende Struktur von A- (Unterrichtssprache Sorbisch) und B-Schulen (sorbischer Sprachunterricht) wurde geschaffen. Mit großzügiger Unterstützung des Staates konnten – in der Oberlausitz – muttersprachliche Kenntnisse vermittelt und gefestigt werden. Der Sorbischunterricht wurde an zahlreichen Schulen der Bezirke Dresden und Cottbus zur Realität. Dennoch verneint Pech, in Auseinandersetzung mit der DDR-Historiografie, dass von einer „Etablierung" oder gar „zunehmenden Festigung" des sorbischen bzw. zweisprachigen Schulwesens gesprochen werden könne. (S. 124)

Überzeugend wird das Widerspruchspotenzial aufgeschlüsselt, welches dem Vorhaben entgegenstand, die Zweisprachigkeit in der Lausitz umzusetzen. So wird auf die schwierige Koordination mit dem übrigen Schulbetrieb vor allem an kleineren Schulen, die Benachteiligung bei der sprachlichen Ausbildung in den Fächern Deutsch und Russisch sowie auf zum Teil erhebliche Widerstände aus der deutschen und auch sorbischen Bevölkerung, insbesondere in der Niederlausitz, verwiesen. Ungünstigen Einfluss auf den Sorbischunterricht hatten darüber hinaus die notwendige Zentralisierung des Schulwesens und nicht zuletzt finanzielle Engpässe. Die Siebente Durchführungsbestimmung (DB) zum Schulgesetz im Jahre 1964 sollte den Schwierigkeiten abhelfen. Als hauptsächlichen Kritikpunkt arbeitet der Verfasser die Ersetzung der vielerorts obligatorischen Teilnahmeregelung für sorbische Kinder durch das Prinzip absoluter Freiwilligkeit heraus. Außerdem wurde es den Sorben, insbesondere der Domowina, nicht mehr erlaubt, die Eltern bei ihrer Entscheidung sachkundig aufzuklären. Dies führte zu einem

drastischen Rückgang der Teilnehmerzahlen am Sorbischunterricht, der mit einem Prestigeverlust der sorbischen Sprache einherging. Das Hauptziel der DB, ein einheitliches Niveau der Erziehung und Ausbildung aller Schüler zu erreichen, bleibt dabei allerdings unterbelichtet. Für Ende der sechziger Jahre konstatiert Pech eine „deutliche Steigerung der Teilnahme am sorbischen Sprachunterricht". (S. 158) Der Domowina war es auf der Grundlage der Vierten DB aus dem Jahre 1968 wieder gestattet, Eltern zu beraten und im Zusammenarbeit mit der Schule Schüler für den Sorbischunterricht zu werben. Das zweisprachige Schulwesen blieb in seiner Struktur aus sorbischen Schulen (A-Typ) und Schulen mit Sorbischunterricht (B-Typ) erhalten. Angesichts dieser Entwicklung, die an die fünfziger Jahre anknüpfte, bleibt allerdings die Frage offen, ob von einer Etablierung und dauerhaften Durchsetzung des Sorbischunterrichts in weiten Teilen der Ober- und Niederlausitz gesprochen werden kann.

Eine wichtige Zäsur in der „Sorbenpolitik" bedeutete die Anerkennung der Domowina als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Land Sachsen 1949. Im Mai desselben Jahres wurde sie erstmals auch im Land Brandenburg als Interessenvertretung der Sorben zugelassen. Als Massenorganisation, mit anderen in der DDR formell gleichgestellt, übernahm die Domowina eine besondere Verantwortung für die sorbische Kultur und Sprache. Um ihre Zielstellung mit Hilfe der vom Staat zugesicherten Förderung durchzusetzen, musste sie sich gesellschaftspolitisch positionieren und Kompromisse suchen. Die nationale Verantwortung als „Kulturorganisation" der Sorben war zunehmend an ideologische Aufgaben geknüpft, die sich im Kontext des Kalten Krieges im Allgemeinen und der spezifischen politisch-ideologischen und ökonomischen Aufgaben der DDR im Besonderen stellten. Die als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Akzeptanz nicht zu umgehende Einbindung der Domowina in die Nationale Front eröffnete keine Alternative zur Funktion als „Transmissionsriemen" der SED.

Die ideologische Einbindung in das Staatssystem der DDR hatte für die Domowina ernsthafte Konsequenzen. Ihr Einfluss auf die sorbische Bevölkerung ging von 1947/48 bis Mitte der sechziger Jahre stetig zurück. Von ursprünglich über 23 000 Mitgliedern sank die Zahl bis 1965 auf den Tiefststand von etwa 10 500 Personen in der Ober- und Niederlausitz. In Phasen besonderer Bemühungen, die von der SED geforderten Maßnahmen – etwa im Zusammenhang mit der Vergenossenschaftlichung in der Landwirtschaft – zu unterstützen, vernachlässigte die Domowina ihre kulturelle Arbeit. Hinzu kam, dass sowohl durch die Kollektivierung in der Landwirtschaft wie durch den vor allem mit dem Aufbau des Kombinats Schwarze Pumpe verbundenen massenhaften Zuzug von deutschen Arbeitskräften die sorbische Sprache ihre Bedeutung als Kommunikationsmittel in der Arbeitswelt allmählich verlor. Pech weist nach, dass der Schwund aktiver Mitglieder in der Domowina in Krisen- bzw. Spannungssituationen der DDR (1948/50, 1956, 1960/61) besonders hoch war. Dabei wird nicht unerwähnt gelassen, dass der Mitgliederrückgang infolge einer veränderten Lebensweise und sozialen Zusammensetzung der sorbischen Bevölkerung auch ein Spiegel der fortschreitenden Assimilierung war.

Der Verlust ihres Einflusses war offenkundig einer der entscheidenden Gründe dafür, dass die Domowina ihrer Aufgabe, die sorbische Bevölkerung für den sozialistischen Aufbau in der DDR zu mobilisieren, nur in „ungenügender Art und Weise" gerecht werden konnte. (S. 56) In den Ortsgruppen wurde sie als sozialistische nationale Organisation – zu der sie sich im Jahre 1969 offiziell erklärte – in der Regel kaum akzeptiert. Dazu trugen in erheblichem Maße Konflikte mit kirchlichen Mitgliedern beider Konfessionen u. a. zu der Frage bei, inwieweit die Politik der SED zu unterstützen sei.

Hinter der kritischen Einschätzung verbarg sich aber auch, dass sich die Domowina immer wieder bemühte, die kulturelle Komponente ihrer Arbeit zu stärken. Anfang der sechziger Jahre zeigte sie sich bestrebt, den Einfluss auf die Jugend zu verbessern. In dieser Zeit kulminierte der Kompetenzstreit mit der SED darüber, ob die Domowina eine Kulturorganisation sein dürfe. Im Jahre 1964 wurde ihr die maßgebliche Verantwortung für die Erhaltung und Pflege der sorbischen Sprache und Kultur abgesprochen. Widerstandslos erfolgte dies nicht. So wurde der 1. Sekretär der Domowina seines Amtes enthoben, weil er am ursprünglichen Charakter der nationalen Organisation der Sorben festhalten wollte. Pech gelingt es zu verdeutlichen, dass die Sorben keineswegs nur Objekte der Politik der herrschenden Partei, sondern in vielerlei Hinsicht auch Subjekte ihrer eigenen Geschichte waren. Das Verhältnis der Sorben bzw. der Domowina zur DDR/SED war sowohl von Kooperation und Zustimmung als auch von Dissens und kritischer Auseinandersetzung geprägt.

Als einen Grundmangel der Minderheitenpolitik in der DDR arbeitet der Autor heraus, dass keine öffentliche Diskussion über die Frage der Gleichberechtigung zwischen Deutschen und Sorben erfolgte. Die deutschsprachige Presse ging nur selten auf sorbische Belange ein. Die Folge war, dass große Teile der Bevölkerung – selbst im zweisprachigen Gebiet – keine klaren Vorstellungen über die Sorben und deren Forderungen nach Gleichberechtigung besaßen. (S. 75, 132) Zweifellos hatte die SBZ/DDR in Gestalt des komplizierten deutsch-sorbischen Verhältnisses ein historisches Erbe angetreten, welches an sich bereits eine schwere Hypothek darstellte. Als Hemmnis und zum Teil erhebliches Störpotenzial beim Versuch, die bestehenden Gegensätze abzubauen, erwies sich, dass antislawische und antisorbische Einstellungen unter der Bevölkerung zählebiger waren als u. a. von der bisherigen Forschung wahrgenommen. Traditionelle Milieus und Mentalitäten bewahrten sich ihren Eigensinn. Zudem fiel den Sorben und vor allem der Domowina zumeist primär die Aufgabe zu, Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Minderheitenpolitik zu leisten. Inwieweit die „Sorbenfrage" dabei aufgrund ihrer Marginalität einerseits und der Spezifik des Umgangs mit nur einer Minderheit andererseits ein bevorzugtes Kompensationsfeld darstellte, in dem aller angesammelte Frust auf die DDR abreagiert werden konnte, bedarf weiterer Forschungen.

Die Stärke der Pech'schen Arbeit besteht zweifellos darin, die reale Gleichberechtigung der Sorben in der DDR bis zum Ende der sechziger Jahre als Einheit von politischen, ökonomischen, sozialen und ethnischen Faktoren untersucht und dargelegt zu haben. Aus der Perspektive der Sorben wie des ostdeutschen Staates wird sichtbar, dass sich die DDR um eine positive, fördernde Minderheitenpolitik bemühte, welche allerdings auch Kursschwankungen, Brüchen und Diskontinuitäten unterlag. Sie unterschied sich grundsätzlich von der früheren duldenden, zunehmend jedoch nationalistischen und minderheitenfeindlichen deutschen Politik. Trotzdem gelang es nicht, den Entnationalisierungsprozess der Sorben aufzuhalten.

Eine eindeutige Bilanz über die Veränderungen der Minderheitenpolitik seit 1949 in der DDR, insbesondere ihrer Zielstellung und Ergebnisse, vermag der Autor jedoch nicht zu ziehen. Das hat seine Gründe: Pech konstatiert, dass der positive Neuansatz in der „Sorbenpolitik" durch den diktatorischen Anspruch der DDR konterkariert wurde. (S. 232) Die Nationalitätenpolitik verlor ihre Glaubwürdigkeit, weil sich die sorbische Kulturförderung mit ideologischer Unterordnung vor allem der Domowina als nationaler Organisation der Sorben verband, das sorbische Siedlungsgebiet schrumpfte und der Gebrauch der sorbischen Sprache zurückging. Dabei bleibt verschwommen, inwieweit es tatsächlich das Ziel der SED war, die sorbische Sprache und Kultur zu fördern. Hier

bedarf es weiterer Untersuchungen. Sie sollten Faktoren wie die ideologische Zweckmäßigkeit der Minderheitenpolitik, den Stellenwert der politischen Außenwirkung oder die Vereinbarkeit einer positiven Minderheitenpolitik mit einer Diktatur berücksichtigen.

Ein zweiter Grund besteht offenbar darin, dass nicht (endgültig) geklärt werden konnte, inwieweit das staatssozialistische System in der DDR, basierend auf einer zentralistischen Organisation der Gesellschaft, vordergründig Schuld an der fortschreitenden Assimilierung der Sorben hatte. Pech stellt fest, dass sich ökonomische und soziale Veränderungen in der ostdeutschen Gesellschaft als die entscheidenden „Assimilationsbeschleuniger" erwiesen. (S. 237) Dabei betont er zu Recht, dass sich hinsichtlich der autarkisch auf den Abbau und die Verarbeitung der Braunkohle ausgerichteten Industrialisierung bereits Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts begonnene Prozesse der Modernisierung in der SBZ/DDR fortsetzten, wenn auch beschleunigt. Offen bleibt jedoch, inwieweit die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die zweifellos hochgradig politisch motiviert waren, typische Entwicklungstendenzen moderner Industriegesellschaften widerspiegelten. Weiterhin arbeitet der Autor heraus, dass die Entscheidungen in der „Sorbenfrage" mit Beginn der fünfziger Jahre keine Chefsache mehr waren, wie noch in den Jahren 1947/48. Wichtige Fragen in der Minderheitenpolitik wurden von nachgeordneten deutschen und sorbischen Institutionen im regionalen Bereich (mit) entschieden. Wenn dies so war, ergibt sich die Frage, ob es – im Vergleich zur zentralistischen Politik in der DDR – in der Sorbenfrage zu Tendenzen der Dezentralisierung kam und der totalitäre Herrschaftsanspruch der SED hier womöglich eingeschränkt war.

Drittens scheint die fortschreitende Assimilierung der Sorben, insbesondere das Abrücken von der Politik der Zweisprachigkeit, der These Recht zu geben, dass die prosorbisch angelegte Minderheitenpolitik der DDR gescheitert ist. Dies betrifft vor allem das Vorhaben, das Prestige der sorbischen Sprache zu erhöhen. Zu bedenken ist jedoch, dass Pech lediglich die Sorbenpolitik der DDR darstellt und analysiert. Ein Vergleich etwa mit der Minderheitenpolitik der BRD gegenüber den Dänen oder Friesen steht noch aus. Hinzu kommt, dass der Autor allein den Zeitraum von 1949 bis in die Mitte der sechziger Jahre untersucht hat, wobei der Einfluss der DDR-Kulturpolitik auf die Sorben nur „selektiv" behandelt wurde. (S. 68) Hier und für die zweite Hälfte der Existenz der DDR besteht weiterer Forschungsbedarf. Dabei sollte auch der Frage nachgegangen werden, ob ein uneingeschränkter, selbstbestimmter Umgang der DDR mit der „Sorbenfrage" tatsächlich vorhanden war und ob die nationale Existenz und Entwicklung der Sorben ihrer internationalen Dimension seit 1948/49 verlustig ging.

Das bleibende Verdienst der Pech'schen Monografie besteht darin, einen wichtigen Beitrag zur Minderheitengeschichte sowie zur Sozial- und Alltagsgeschichte der DDR geleistet und enorme Forschungslücken zur neueren sorbischen Geschichte geschlossen zu haben. Die Arbeit überzeugt durch eine dichte und reichhaltige Quellenauswertung und die Anwendung von sozial- und alltagsgeschichtlichen Methoden. Verschiedentlich erhöhen Diagramme und Karten die Anschaulichkeit. Dem Anhang sind 17 Dokumente beigefügt, die nur eine Auswahl aus der Fülle des dargebotenen und zumeist unveröffentlichten Materials bilden. Sie konzentrieren sich auf das Verhältnis zwischen Staat/SED und Kirche im Allgemeinen sowie den sorbischen katholischen wie evangelischen Kirchenvertretern und der Domowina im Besonderen. Ein Personen- sowie Ortsregister erleichtert die Lektüre der Studie.

Peter Schurmann